

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Herr Knoth
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1031
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 22.08.2008

Niederschrift

der 20. Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

am Montag, dem 18.08.2008,

Versailles-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:00 - 20:35 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jörg Asboe
Herr Diedrich Backhaus
Herr Dieter Gail
Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Klaus Peter Möller

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Astrid Eibelshäuser Ausschussvorsitzende
Herr Rolf Krieger
Herr Gerhard Merz
Herr Burkhard Schirmer

(ab 19:10 Uhr)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Herr Christian Otto

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Janitzki

Außerdem:

Frau Karen-Heide Bernard	CDU-Fraktion	
Frau Dietlind Grabe-Bolz	SPD-Fraktion	
Frau Dr. Bettina Speiser	Fraktion B`90/Die Grünen	
Herr Tjark Sauer	Die Linke.Fraktion	(bis 20:30 Uhr)
Herr Johannes Zippel	FW-Fraktion	

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Dr. Volker Kölb	Stadtrat

Von der Verwaltung:

Herr Dirk During	Leiter der Kämmerei	
Herr Gernot Buseck	Revisionsamt	(bis 20:30 Uhr)

Vom Ausländerbeirat:

Herrn Edin Muharemovic

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Schifführer
-------------------	-------------

Entschuldigt:

Herr Dr. Helge Reinhold Braun CDU-Fraktion

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Zur Tagesordnung merkt die **Vorsitzende** an, die Magistratsvorlage STV/1788/2008 – Erneuerung von vier Rolltreppen an der Fußgängerüberführung Selterstor – sei nicht nur im PBUV-Ausschuss, sondern auch im HFWR-Ausschuss zu behandeln. Bei der Einladung sei vergessen worden, diese Vorlage auf die Tagesordnung des HFWR-Ausschusses zu nehmen. Die Vorsitzende schlägt vor, die Vorlage als neuen TOP 12 zur Tagesordnung zu ergänzen.

Der Vorschlag findet einhellige Zustimmung.

Oberbürgermeister Haumann berichtet zu TOP 2 – Personalangelegenheiten –, dass es heute noch nicht möglich sei, eine Vorlage zur Nachbesetzung der Stelle der Amtsleitung im Revisionsamt vorzulegen. Er stelle die Angelegenheit daher zurück.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Merz, SPD-Fraktion, spricht sich dafür aus, dass die Magistratsvorlagen zur Personalentwicklung (STV/1767/2008) und zu den Frauenförderplänen nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (STV/1768/2008), die im SFJS-Ausschuss behandelt wurden, auch im HFWR-Ausschuss beraten werden sollten.

Die **Vorsitzende** schlägt vor, in Zukunft so zu verfahren.

Die Ausschlussmitglieder stimmen dem zu.

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, beantragt, die Tagesordnungspunkte 17 bis 20 – Modifizierte Ausfallbürgschaften – sowie 21 – Kreditaufnahme – in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Insbesondere zu TOP 21 möchte er eine Begründung, warum er für die nicht öffentliche Behandlung vorgesehen sei. (Anm. des Schriftführers: Die Nummerierung der Tagesordnungspunkte erfolgt hier nach der Einladung und nicht nach der nachstehenden Tagesordnung, in der sich durch die Hinzunahme des neuen TOP 12 die weiteren Tagesordnungspunkte um eine Nummer verschieben.)

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, spricht formal dagegen.

Die **Vorsitzende** lässt zunächst über den Antrag, die Tagesordnungspunkte 17 bis 20 – Modifizierte Ausfallbürgschaften – in öffentlicher Sitzung zu beraten, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: Linke).

Da **Stv. Janitzki** hinsichtlich seines Antrags zum TOP „Kreditaufnahme“ eine nähere Beratung wünscht, bittet die Vorsitzende um ca. 19:15 Uhr die Besucher und die Presse, den Raum zu verlassen, damit die Beratung in nicht öffentlicher Sitzung stattfindet.

Die Protokollierung der folgenden nicht öffentlichen Beratung ist zu Beginn der Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung abgedruckt.

Um ca. 19:25 wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Tagesordnung wird in der nachfolgenden Form genehmigt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Personalangelegenheit; STV/1775/2008
Nachbesetzung der Stelle der Amtsleitung im Revisionsamt
- Antrag des Magistrats vom 04.08.2008 -
3. Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk STV/1756/2008
Gießen-Lützellinden
- Antrag des Magistrats vom 26.06.2008 -

4. Änderung der Satzung der Gießen Marketing GmbH
- Antrag des Magistrats vom 26.06.2008 - STV/1760/2008
5. Beschlussfassung über die Jahresrechnung
(Haushaltsrechnung) der Universitätsstadt Gießen für das
Haushaltsjahr 2006 und Entlastung des Magistrats
- Antrag des Magistrats vom 21.07.2008 - STV/1800/2008
6. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gemäß
§ 100 HGO- Amt 67 - STV/1766/2008
- Antrag des Magistrats vom 30.06.2008 -
7. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gemäß
§ 100 HGO - Amt 66 - STV/1785/2008
- Antrag des Magistrats vom 09.07.2008 -
8. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß §
100 HGO (Amt für Brandschutz) STV/1709/2008
- Antrag des Magistrats vom 26.05.2008 -
9. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß §
100 HGO - Amt 23 - STV/1754/2008
- Antrag des Magistrats vom 24.06.2008 -
10. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß §
100 HGO - Amt 32 - STV/1773/2008
- Antrag des Magistrats vom 03.07.2008 -
11. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß §
100 HGO -Amt 67- STV/1811/2008
- Antrag des Magistrats vom 24.07.2008 -
12. Erneuerung von vier Rolltreppen (Fahrtreppen) an der
Fußgängerüberführung Selterstor;
hier: Projektantrag STV/1788/2008
- Antrag des Magistrats vom 11.07.2008 -
13. Zukunft der Kongresshalle STV/1832/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 04.08.2008 -
14. Reinigungskräfte STV/1833/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 04.08.2008 -

15. Verhandlung zwischen der Stadt Gießen und den Umlandgemeinden in Sachen Interkommunales Gewerbegebiet Pfaffenpfad
- Antrag der SPD-Fraktion vom 04.08.2008 - STV/1834/2008
16. Beteiligung der Ortsbeiräte bei der Abfallsatzung
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 04.08.2008 - STV/1835/2008
17. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Personalangelegenheit; STV/1775/2008
Nachbesetzung der Stelle der Amtsleitung im Revisionsamt
- Antrag des Magistrats vom 04.08.2008 -

Zurückgestellt.

3. Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk STV/1756/2008
Gießen-Lützellinden
- Antrag des Magistrats vom 26.06.2008 -

Antrag:

„Als Schiedsmann für den Schiedsamsbezirk Gießen-Lützellinden wird auf die Dauer von 5 Jahren gewählt:

Herr Rudolf Jung, geb. 12.02.1941
Schwarze Hohl 11, 35398 Gießen-Lützellinden.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

4. Änderung der Satzung der Gießen Marketing GmbH STV/1760/2008
- Antrag des Magistrats vom 26.06.2008 -

Antrag:

„1. Die Stadt Gießen erteilt ihre Zustimmung, dass der Geschäftsanteil der Gesellschafterin BID-GbR an der Gießen Marketing GmbH zum Zwecke der Veräußerung

in vier Teilgeschäftsanteile in Höhe von drei Mal 1.800,- Euro und einmal 1.850,- Euro geteilt wird. Der Übertragung und der Abtretung der Teilgeschäftsanteile in Höhe von 1.850,- Euro an den Verein BID Seltersweg e. V., in Höhe von 1.800,- Euro an den Verein Marktquartier e. V., in Höhe von 1.800,- Euro an den Verein BID Katharinenviertel e. V. und in Höhe von 1.800,- Euro an den Verein BID Theaterpark e. V. stimmt die Stadt Gießen zu. Die Stadt Gießen verzichtet ausdrücklich auf das ihr in der Satzung (§ 19) der Gießen Marketing GmbH eingeräumte Erwerbsrecht.

2. Die Satzung der Gießen Marketing GmbH soll daraufhin wie folgt angepasst werden:
 - a) § 3 Ziff. 2 lit. b) wird gestrichen. Dadurch wird Litera c) alt zu b). Somit heißt § 3 Ziff. 2 lit. b) neu: der Verein Gießen aktiv e. V. 5.000 Euro.
§ 3 Ziff. 2 lit. c) neu soll heißen: der Verein BID Seltersweg e. V. 1.850,- Euro, § 3 Ziff. 2 lit. d) neu: der Verein Marktquartier e. V. 1.800,- Euro, § 3 Ziff. 2 lit. e) neu: der Verein BID Katharinenviertel e. V. 1.800,- Euro und § 3 Ziff. 2 lit. f) neu: der Verein BID Theaterpark e. V. 1.800,- Euro.
 - b) In § 5 Ziff. 3 der Satzung wird „Die BID GbR wird“ gestrichen und stattdessen formuliert: „Die BIDs werden durch die Beauftragung der Gießen Marketing GmbH mit entgeltlichen Management- und Projektaufgaben zu deren Finanzierung beitragen.“
 - c) Das in § 10 Ziff. 3 der Satzung vorgesehene Quorum für zustimmungsbedürftige Geschäfte wird in den Fällen des § 10 Ziff. 2 lit. a) – d) von bisher 81 % auf 100 % angehoben.“

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Sauer, Merz und Zippel sowie Oberbürgermeister Haumann.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5. Beschlussfassung über die Jahresrechnung (Haushaltsrechnung) der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2006 und Entlastung des Magistrats - Antrag des Magistrats vom 21.07.2008 - **STV/1800/2008**

Antrag:

„Dem vorliegenden Abschluss der Jahresrechnung der Universitätsstadt Gießen (Haushaltsrechnung) für das Haushaltsjahr 2006 wird mit folgenden Endsummen zugestimmt:

2006

Gesamteinnahmen	196.821.216,66 €
Gesamtausgaben	196.821.216,66 €

Entlastung gemäß § 114 HGO wird erteilt.“

Verschiedene Fragen des **Stv. Janitzki**, Linke.Fraktion, werden von Stadtrat Dr. Kölb, Oberbürgermeister Haumann und Herrn Buseck, Mitarbeiter des Revisionsamtes, beantwortet.

Stv. Janitzki hebt hervor, dass laut Schlussbericht des Revisionsamtes verschiedene Mängel Jahr für Jahr weiter bestehen sowie dass der hohe Schuldenstand den finanziellen Spielraum der Stadt erheblich einengt und ein beträchtliches Zinsrisiko darstellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/Linke).

6. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO- Amt 67 - STV/1766/2008
- Antrag des Magistrats vom 30.06.2008 -

Antrag:

„Bei der Haushaltsstelle 2.6900.050.950190 - Fischeaufstieg Lahnwehr Stadtwerke - wird eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von

60.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstellen:

2.3601.060.960500 - Allg. Planungs- und Bauleitungskosten	1.240,00 €
2.6900.050.950140 - Sanierung Schwanenteich	5.000,00 €
2.6900.050.950180 - Fischeaufstieg Wieseck/Struppmühle	3.760,00 €
2.6900.055.955000 - Hochwasserschutzdamm Weststadt	50.000,00 €."

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

7. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 66 - STV/1785/2008
- Antrag des Magistrats vom 09.07.2008 -

Antrag:

„Bei der Haushaltsstelle 2.6300059.959100 - Rad- und Fußwegbrücke, Weststadt Sudetenlandstraße - wird eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von

20.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstelle 2.6300059.959000 - Erneuerung und Sanierung von Brücken - ."

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

8. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO (Amt für Brandschutz) STV/1709/2008
- Antrag des Magistrats vom 26.05.2008 -

Antrag:

„Bei der Haushaltsstelle 1.1300.560100 - Dienst- und Schutzkleidung Berufsfeuerwehr - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

40.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstellen:

1.9140.850000 - Deckungsreserve § 11 GemHVO	=	35.000,00 €
1.1300.630000 - Sachbedarf gesamtstädtische Gefahrenabwehr	=	2.000,00 €
1.1300.675000 - Entschädigung für die Wartung der Hydranten	=	1.000,00 €
1.1300.560200 - Dienst- und Schutzkleidung Freiwillige Feuerwehren	=	2.000,00 €."

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

9. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 23 - STV/1754/2008
- Antrag des Magistrats vom 24.06.2008 -

Antrag:

„Bei der Haushaltsstelle 2.8800.001.940300 - Modernisierung von Altbauten - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

26.682,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstellen:

2.6010.001.9400.00 Allgemeine Hochbauplanungskosten	=	25.000,00 €
2.8800.001.949100 Allgemeine Hochbauplanungskosten	=	1.682,00 €."

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

10. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO - Amt 32 - STV/1773/2008
- Antrag des Magistrats vom 03.07.2008 -

Antrag:

„Bei der Haushaltsstelle 1.7300.571000 - Betriebskosten - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

50.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstelle 1.6300.510100 - Unterhaltung Straßen, Wege, Brücken, Plätze -.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

11. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gemäß § 100 HGO -Amt 67- STV/1811/2008
- Antrag des Magistrats vom 24.07.2008 -

Antrag:

„Bei der Haushaltsstelle 4606.960100 060 - Ausbau, Neugestaltung vorhandener Spielplätze - wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

40.000,00 €

genehmigt.

Deckung aus Haushaltsstellen:

3601.960300 060 Vorlaufende Ausgleichs- und Ersatzmaßn.	=	10.000,00 €
2300.960400 060 Regenwasser Hebeanlage Herderschule	=	10.000,00 €
5801.960600 060 Bepflanzung öffentlicher Grundstücke	=	20.000,00 €.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

12. Erneuerung von vier Rolltreppen (Fahrtreppen) an der Fußgängerüberführung Selterstor; STV/1788/2008
hier: Projektantrag
- Antrag des Magistrats vom 11.07.2008 -

Antrag:

"Dem Antrag zur Erneuerung von vier Rolltreppen (Fahrtreppen) an der Fußgängerüberführung Selterstor wird zugestimmt.

Die Baukosten in Höhe von 750.000,00 € werden in der Hhst. 2.6650.965100 -065-Selterstor Rolltreppen verrechnet."

Die **Vorsitzende** berichtet, dass bei der Behandlung dieses Magistratsantrags im Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr am 12.08.2008 von der SPD-Fraktion folgender Prüfantrag gestellt wurde:

„Weiterhin wird der Magistrat gebeten zu prüfen, ob auf der Seite Eingang Seltersweg ein weiterer Aufzug installiert werden kann, um die barrierefreie Überquerung der Kreuzung außerhalb der Öffnungszeiten des Kaufhauses Karstadt zu gewährleisten.“

Beratungsergebnis:

- Dem Prüfantrag der SPD-Fraktion wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD/GR/Linke; Nein: 4 CDU/FDP; StE: 1 CDU).
- Der Vorlage STV/1788/2008 wird einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/FDP; StE: Linke).

**13. Zukunft der Kongresshalle
- Antrag der SPD-Fraktion vom 04.08.2008 -**

STV/1832/2008

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie ist der Stand der Entwicklung bezüglich des Baus eines Kongresshotels am Standort Kongresshalle?
2. Wie stellt sich - für den Fall, dass es zum Bau eines Kongresshotels durch einen privaten Investor kommen würde - die zukünftige Nutzung der Kongresshalle dar?
3. Welche Pläne für Umbau, Modernisierung und weitere Nutzung der Kongresshalle hat der Magistrat für den Fall, dass ein privater Investor für den Neubau und Betrieb eines Kongresshotels unter Mitnutzung der Kongresshalle nicht gewonnen werden kann?
4. Gibt es seitens des Magistrats Pläne für eine Zwischennutzung der nach Bezug des neuen Rathauses frei werdenden Flächen im Gebäudekomplex der Kongresshalle (Stadtbibliothek, Kunsthalle)? Wenn ja, welche?“

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, trägt die Fragen des Berichtsantrags kurz vor.

Stadtrat Dr. Kölb gibt folgende Antworten: Der Projektentwickler habe ihn informiert, dass es ernsthafte „Wiederinteressenten“ gebe. Einzelheiten der Verhandlungsinhalte kenne er, Dr. Kölb, nicht. Die Vorgaben der Stadt Gießen seien, dass die Kongresshalle im Bereich der Versammlungsräume nicht abgerissen werde, der Bereich der Kunsthalle, der Stadtbibliothek und des Parkplatzes dem Investor für einen Hotelbau zur Verfügung stehe und dass die Hergabe des Grundstücks im Rahmen eines Erbbaurechtes erfolge. Hinsichtlich einer etwaigen Zwischennutzung sei vorstellbar, dass die Stadtbibliothek und die Kunsthalle für die Durchführung weiterer kultureller Veranstaltungen genutzt werde.

Für den Fall, dass sich wider Erwarten das Hotelprojekt nicht verwirklichen lasse, sei die weitere Nutzung der durch den anstehenden Umzug frei werdenden Flächen noch nicht festgelegt.

An einen Umbau im Bereich der Versammlungsräume sei nicht gedacht, sondern an eine Modernisierung, die insbesondere im technischen Bereich notwendig sei. Wer die Kosten hierfür zu tragen habe, müsse noch mit dem möglichen Investor verhandelt werden.

Stadtrat Dr. Kölb betont, im Falle des Zustandekommens eines Vertrages mit einem Investor werde das Vertragswerk vor seinem Abschluss der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt. – Die Option für die OFB sei bis zum 15.11.2008 verlängert worden.

Stv. Merz erklärt für die SPD-Fraktion, dass der Berichtsantrag wegen der laufenden Verhandlungen bis zur übernächsten Sitzungsrunde zurückgestellt werde.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

**14. Reinigungskräfte
- Antrag der SPD-Fraktion vom 04.08.2008 -**

STV/1833/2008

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele Reinigungskräfte sind aktuell bei der Stadt Gießen beschäftigt, wie viele waren vergleichsweise im Jahr 2001 beschäftigt?
2. Welche städtischen Flächen werden von Reinigungskräften der Stadt, welche werden von privaten Firmen gereinigt?
3. Wie hat sich die Zahl der in den Gießener Schulen eingesetzten Reinigungskräfte innerhalb der letzten 7 Jahre verändert?
4. Für welche Schulen oder schulischen Flächen wurde in den letzten 7 Jahren die Reinigung an private Reinigungsunternehmen vergeben?
5. Trifft es zu, dass in ein- und derselben Schule sowohl private als auch städtische Reinigungskräfte zu unterschiedlichen Tarifen arbeiten?
6. Gibt es Beschwerden von Seiten der Schulen hinsichtlich der privaten Reinigung? Welche?
7. Welche Maßnahmen hat der Magistrat ergriffen, um die Beschwerden aus dem Weg zu räumen?
8. Ist beabsichtigt, zukünftig weitere Vergaben der Reinigung von Schulen, die bisher von städtischem Personal gereinigt wurden, an private Reinigungsfirmen vorzunehmen?
9. Wie viele Vergaben im Reinigungsbereich wurden ohne Magistratsbeschluss (bei Vergaben im Auftragswert von 30.000 bis 60.000 €) getätigt?
10. Ist schon eine Entscheidung über die Reinigung des neuen Rathauses getroffen worden?

11. Welche Kriterien werden bei der Vergabe von Reinigungsaufträgen zugrunde gelegt?“

Stv. Grabe-Bolz trägt vor, dass es der SPD-Fraktion hauptsächlich um eine Information zum Reinigungskonzept der Stadt Gießen gehe einschließlich der Frage, ob „auf leisen Sohlen“ eine Privatisierung der Reinigung städtischer Gebäude vorgesehen sei.

Stv. Sauer, Linke.Fraktion, stellt den Ergänzungsantrag, auch folgende Fragen zu beantworten:

„1. Wie ist der Umfang der städtischen Reinigungsflächen

a) In Eigenreinigung?

b) In Fremdreinigung?

Bitte aufschlüsseln nach entsprechenden Liegenschaften.

2. Wird die Fremd- und Eigenreinigung in den Schulen nach DIN-Norm durchgeführt? Wenn ja, wie ist das Intervall derzeit in der Schulreinigung für Klassenräume (bitte nach Fremd- und Eigenreinigung aufschlüsseln)?

3. Gibt die Stadt Gießen bei Fremd- und Eigenreinigung eine Stundenleistung in Quadratmetern grundsätzlich vor, oder überlässt sie (bei Fremdreinigung) den Reinigungsfirmen die Bemessung der zu reinigenden Quadratmeter pro Stunde?

a) Wenn ja, wie viel Quadratmeter pro Stunde werden bei Fremdreinigung und wie viel bei der Eigenreinigung als Grundannahme zugrunde gelegt?

b) Wenn nein, wie erkennt man in diesem Zusammenhang ggf. unseriöse Angebote von privaten Reinigungsunternehmen?

4. Sind dem Magistrat der Stadt Gießen Fälle bekannt, bei denen das Fremdreinigungspersonal mit den Zeitvorgaben der Firmen nicht auskommt? Wenn ja, bitte entsprechende Fällen nennen.

5. Arbeiten die Fremdfirmen mit Fachkräften - der Gebäudereinigerberuf ist ein Ausbildungsberuf - oder mit überwiegend angelehrten Kräften?

6. Sind Fremdfirmen die für die Stadt Gießen arbeiten durch Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter des Zollamtes in der Vergangenheit überprüft worden (Arbeitserlaubnis, Stundenlöhne, Zeitvorgaben)?

7. Nach welcher Entgeltgruppe/mit welchem Lohn werden die Reinigungskräfte entlohnt/bezahlt, die städtische Flächen reinigen

a) festangestellte Reinigungskräfte der Stadt Gießen?

b) städtische Aushilfskräfte?

c) bei privaten Reinigungsfirmen Beschäftigte?

Ergänze Frage 8:

Wenn ja, gibt es hierzu einen entsprechenden Magistratsbeschluss oder anderweitige Regelung bzw. Vereinbarungen?“

Die SPD-Fraktion übernimmt den Ergänzungsantrag der Linke.Fraktion.

Oberbürgermeister Haumann sagt eine Beantwortung der Fragen zu.

Beratungsergebnis: Ergänzt einstimmig zugestimmt.

15. **Verhandlung zwischen der Stadt Gießen und den Umlandgemeinden in Sachen Interkommunales Gewerbegebiet Pfaffenpfad** **STV/1834/2008**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 04.08.2008 -

Antrag:

„**A.** Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, unverzüglich über Verlauf und derzeitigen Stand der Gespräche über die gemeinsame Entwicklung des Gewerbegebietes Pfaffenpfad bzw. über die Entwicklung einer Interkommunalen Gewerbefläche durch die Stadt Gießen und die Gemeinden des sog. „Teilraumes Süd“ und der Gemeinde Hüttenberg zu berichten.

Dabei soll insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden:

1. Wer hat seit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Klage gegen den Beschluss des Haupt- und Planungsausschusses der Regionalversammlung Mittelhessen wann mit wem Gespräche über eine mögliche Einigung, z.B. über den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages geführt.
2. Über welche Punkte konnte Einigung erzielt werden, welche Punkte sind offen geblieben?
3. Wie stellt sich der aktuelle Verhandlungsstand dar, sind weitere Gespräche in Aussicht genommen?

B. Zudem wird der Magistrat aufgefordert eine Kopie der Klageschrift der Stadt Gießen gegen den Beschluss des Haupt- und Planungsausschusses der Regionalversammlung Mittelhessen an die Stadtverordneten weiterzuleiten.“

Stv. Merz, SPD-Fraktion, ergänzt Punkt B des Antrags zu folgendem Wortlaut:
*„Zudem wird der Magistrat aufgefordert, eine Kopie der Klageschrift der Stadt Gießen gegen den Beschluss des Haupt- und Planungsausschusses der Regionalversammlung Mittelhessen **und des Urteils des Verwaltungsgerichts Gießen** an die Stadtverordneten weiterzuleiten.“*

Weiterhin fragt **Stv. Merz** nach den Fristen zur Einlegung der Berufung und ob nicht auch zur Einlegung der Berufung die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung notwendig sei.

Stadtrat Dr. Kölb antwortet, seines Erachtens umfasse der Beschluss zur Einreichung der Klage auch die Möglichkeit, in die Berufung zu gehen. Die Frist zur Einreichung der Berufung sei ihm im Augenblick nicht bekannt.

Stv. Merz weist darauf hin, dass die Stadt in einem früheren Fall vor dem Staatsgerichtshof wegen des Mangels einer entsprechenden Ermächtigung

durch die Stadtverordnetenversammlung „auf die Nase gefallen“ sei.

Stadtrat Dr. Kölb sagt, er werde die Angelegenheit mit dem Rechtsamt besprechen.

Beratungsergebnis: Ergänzt einstimmig zugestimmt.

**16. Beteiligung der Ortsbeiräte bei der Abfallsatzung STV/1835/2008
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 04.08.2008 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat zu berichten,

1. Warum hat der Magistrat die Ortsbeiräte nicht rechtzeitig und ordnungsgemäß über die Änderungen der Abfallsatzung informiert. So konnte der Punkt nicht in die Tagesordnung der Ortsbeiräte aufgenommen werden und die Ortsbeiräte erhielten nicht den schriftlichen Antragstext (DS 1680)?
2. Warum hat er dem Wunsch der Ortsvorsteher von Rödgen und Allendorf nicht entsprochen und die Beschlussfassung über die Abfallsatzung am 19.6.08 nicht vertagen lassen, da beide Ortsbeiräte von ihrem Anhörungsrecht Gebrauch machen wollten?
3. Warum hat er die Stadtverordnetenversammlung anlässlich der Beratung der Abfallsatzung nicht über die Eingabe der beiden Ortsvorsteher informiert?“

Stv. Janitzki, Linke.Fraktion, erläutert, Hintergrund des Berichtsantrages sei die Unzufriedenheit fast aller Ortsbeiräte über die zu kurzfristige und unzureichende Information des Magistrats zur neuen Abfallsatzung. Zwei Ortsvorsteher hätten Beschwerde bei dem Regierungspräsidium Gießen eingereicht. Die Beschwerde sei allerdings abgewiesen worden.

Stadtrat Dr. Kölb trägt das die Beschwerde zurückweisende Schreiben des Regierungspräsidiums, das in einer Ausfertigung auch an die Stadt Gießen gegangen sei, vor. In dem Schreiben wird ausgeführt, dass den Ortsbeiräten hinsichtlich der Änderung der Abfallsatzung kein Anhörungsrecht zustand und das Vorgehen des Magistrat aufsichtsrechtlich nicht zu beanstanden sei.

Stv. Janitzki erklärt, dass damit die Frage 2 des Berichtsantrages erledigt sei, die Fragen 1 und 3 von ihm aber aufrecht erhalten werden.

An der weiteren kurzen Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Zippel, Scherer und Krieger sowie Stadtrat Dr. Kölb.

Beratungsergebnis:

- Frage 2 des Berichtsantrages wird vom Antragsteller als erledigt erklärt.
- Der restliche Berichtsantrag wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke).

17. Verschiedenes

- **Stv. Janitzki**, Linke-Fraktion, fragt, ob die Stadt angesichts der beim Sturm am 12. August entstandenen Baumschäden zusätzliche, kostenlose Abfahren von Astwerk und Holz anbieten könne, da nicht jeder Hausbesitzer die Möglichkeit habe, selbst die Abfuhr dieser Sturmschäden vorzunehmen.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, fragt, ob der Magistrat die Auffassung teile, dass die Kosten solcher Abfahren von den einschlägigen Versicherungen der Hausbesitzer getragen werden.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich sagt eine Prüfung zu.

- **Stv. Schirmer**, SPD-Fraktion, erinnert Oberbürgermeister Haumann an ein kürzlich geführtes Gespräch, in dem er (Oberbürgermeister Haumann) ihm (Stv. Schirmer) zugesagt habe, dass der bisherige Hausmeister der Sporthalle Ost, der in zwei Jahren in Rente gehe, aber gegenwärtig abgelöst werden solle, für die restliche Zeit seines Berufslebens in seiner bisherigen Funktion verbleiben könne. Nun habe Oberbürgermeister Haumann aber anders entschieden als er im bezeichneten Gespräch zugesagt habe.

Oberbürgermeister Haumann antwortet, die Angelegenheit sei eingehend mit den zuständigen Verwaltungsstellen besprochen worden. Die jetzt vorgenommene Regelung sei nach Absprachen, die auch mit dem Betroffenen getroffen worden und schriftlich belegt seien, erfolgt. Nähere Ausführungen zu Personalien könnten aber in der Öffentlichkeit nicht gegeben werden.

Auf Nachharken des **Stv. Schirmer** fügt **Oberbürgermeister Haumann** hinzu, manchmal komme es anders als man es vorhabe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DIE VORSITZENDE:

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) E i b e l s h ä u s e r

(gez.) K n o t h